

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90.38/39
Telex: 0886 848-48 ppbn d



Inhalt

Hermann Rappe MdB weist die Forderungen Biedenkopfs nach "Neutralität" der Gewerkschaften zurück.

Seite 1/2

Rudolf Schöffberger MdB erinnert an das 60jährige Bestehen des Freistaates Bayern.

Seite 3/4

Spekulative Grundstückspreise erschweren zunehmend den Eigenheimbau in Ballungszentren.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

33. Jahrgang / 211

2. November 1978

Gewerkschaften können nicht neutral sein

Vertretung von Arbeitnehmerinteressen erfordert klare Stellungnahmen

Von Hermann Rappe MdB
Stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik

Im nächsten Jahr finden endlich Direktwahlen zu einem Europäischen Parlament statt. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) wird die Bevölkerung erstmals zu diesem Zweck an die Wahlurne gerufen. Die Mehrheit der Bevölkerung kennt bisher nur europäische Entscheidungen des Ministerrats oder der EG-Kommission, vor allem für den Bereich der Landwirtschaft. Manche Entscheidungen des Ministerrats wurden von den nationalen Parlamenten dann durch Beschluß abgesegnet.

Im Mittelpunkt der nächsten zehn Jahre stehen Probleme der sozialen Harmonisierung, vor allem auch das schwierige Problem eines europäischen Arbeitsmarktes. Wir waren immer der Auffassung, daß solche Entscheidungen ein gewähltes Parlament treffen muß. Politische Mehrheiten müssen dabei durch Wahlentscheidungen geschaffen werden.

Eine Koordinierung durch die Großunternehmen bis hin zu sehr konkreten Abmachungen gab es schon seit längerem. Das neu zu schaffende Europa darf aber nicht eine Vereinigung der Wirtschaft und der Kartelle werden, sondern es muß ein

Europa der Mehrheit der Bevölkerung, also der Arbeitnehmer werden. Dies ist nur durch die direkte Wahl eines Parlaments zu erreichen. Weil sie die Bedeutung dieser Wahl für die Entwicklung der kommenden Jahre erkannt haben, erklärten sich führende Gewerkschafter bereit, für dieses Parlament zu kandidieren. Diese Entscheidung ist zu begrüßen.

Aber schon gibt es eine neue Kampagne, wie wir sie auch vor anderen politischen Wahlen in der Bundesrepublik erlebt haben. Sie richtet sich gegen das politische Engagement von Gewerkschaftern. Der frühere Generalsekretär der CDU, Professor Biedenkopf, sprach vor der letzten Bundestagswahl von "Verfälschung". Dazu sollten wir aus Erfahrung klare Stellung beziehen.

Wir sind nach unserer Satzung und unserem Programm eine politische Einheitsgewerkschaft - organisatorisch selbständig, unabhängig von den politischen Parteien, aber nicht neutral. Nach diesem Selbstverständnis bleiben uns zwei große Einflußbereiche:

- Wir können und müssen als Gewerkschaftsorganisation unsere Forderungen und Zielvorstellungen an die Adresse der Politik selbst entwickeln, und zwar im Sinne der Arbeitnehmersvorstellungen. Wir können auch Druck auf Parteien und Parlamente ausüben, aber eben nur bis vor die Tür der Parlamente; denn wenn Entscheidungen frei gewählter Parlamente im Rahmen der geltenden Verfassung gefallen sind, dann ist die Einflußmöglichkeit nur noch begrenzt.
- Es bleibt der zweite Weg, daß in verstärktem Maße Gewerkschaftsmitglieder durch ihr persönliches Engagement in den großen politischen Parteien Kandidaturen für die verschiedenen Kommunal-, Landes- und Bundesparlamente und nun auch für das Europa-Parlament annehmen, denn auch auf diesem Weg können und müssen Arbeiterpolitik und gewerkschaftliche Vorstellungen in die politischen Entscheidungen unmittelbar einfließen.

Wenn wir uns durch sogenannte "Verfälschkampagnen" an dieser Haltung irre machen lassen, wird die Arbeiterbewegung insgesamt den Krebsgang gehen. Denn unsere Erfolge und vor allem die Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer sind durch Zusammenarbeit in der Arbeiterbewegung und nicht durch Trennung erreicht worden.

Gewerkschaftspolitische Entscheidungen haben zu allen Zeiten die Interessen aller abhängig Beschäftigten und ihrer Familien im Auge gehabt. Dies trennt uns wohltuend von Interessenverbänden anderer Machart. In jeder Demokratie werden gewerkschaftliche Forderungen nicht nur in Tarifverhandlungen und nicht nur im Betrieb entschieden. Die grundlegenden Entscheidungen in der Gesellschaftspolitik, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden in den Parlamenten getroffen. Deshalb müssen aktive Gewerkschafter dort mitreden und mitentscheiden.

60 Jahre Freistaat Bayern

Sozialdemokraten haben hohen Anteil an der Festigung von Republik und Demokratie

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Am 8. November 1978 wird der "Freistaat Bayern" 60 Jahre alt (Bayern als Staat bringt es auf 1.400 Jahre). Die hierzulande regierenden Schwarzen, selbsternannte Verweser alles Bayerischen, werden den runden Geburtstag der Republik geflissentlich überschen. Zu vielen Zeitgenossen könnte es sonst auffallen, daß die CSU bei allem weißblauen Gepränge weder die bayerische Lebensart noch die bayerische Verfassung noch den Freistaat selbst erfunden hat. Schließlich waren die geistigen Vorfahren der Strauß-Partei weit über den Grabgesang der wittelsbachischen Monarchie hinaus die Arschkriecher und Speichellecker der Könige, der Herzöge und der Prinzen. Darüber kann auch der mehrfache Wechsel des Firmenschildes nicht hinwegtäuschen. Und noch heute nennt der scheidende Ministerpräsident Goppel den Herrn Habsburg "kaiserliche Hoheit" und läßt sich bei seinem Abschied "Aufwartungen" machen.

Bayerns Sozialdemokraten haben Anlaß, der Geburtsstunde der Republik in Bayern zu gedenken. Im Laufe des Jahres 1918 spaltete sich die bayerische SPD in die mehrheitsbildenden Sozialdemokraten unter Erhard Auer und in "Unabhängige Sozialisten" unter dem Berliner Sozialisten Kurt Eisner.

Beide Flügel der SPD riefen am 7. November 1918 gemeinsam zu einer großen Demonstration auf der Münchner Theresienwiese auf. Die Plakate trugen erstmals die Aufschrift "Freistaat Bayern".

Am 8. November 1918 fand die größte Demonstration statt, die München jemals erlebte. Über 200.000 Menschen fanden sich ein, leider in zwei getrennten Lagern. Die Mehrheitssozialdemokraten unter Auer lösten ihre Demonstration nach einem Marsch zum Friedensengel friedlich auf. Die Unabhängigen unter Eisner stürmten anschließend die Kasernen und das Militärgefängnis. Eisner rief die Revolution aus, erklärte König Ludwig III. für abgesetzt und proklamierte den "Freistaat Bayern". (König Ludwig III. soll mittlerweile, wie es seiner Gewohnheit entsprach, im Englischen Garten spazieren gegangen sein, wobei ein von der Demonstration heimkehrender Sozialdemokrat zu ihm sagte: Majestät, gehns schnell heim, wissn Sie's net, Revolution ist!)

Der Sozialist Eisner hatte den Namen für Bayern gefunden, der heute noch von allen Parteien, auch von der CSU, mit Stolz verwendet wird. Noch vor der Revolution in Berlin war Bayern eine Republik geworden, regiert von USPD und SPD mit Eisner als Ministerpräsident und Auer als Innenminister.

Vielleicht nehmen die Schwarzen den 60. Geburtstag der Republik zum Anlaß, den Vater des Freistaates, Kurt Eisner, wieder als Kommunisten zu schmähen (wie sie es schon getan haben, als die Sozialdemokraten in Neuperlach eine Straße nach ihm benannten).

Eisner war alles andere: Ein gebildeter Humanist, Neukantianer und glühender Pazifist. Der Dichter und Revolutionär Erich Mühsam, einer seiner Kritiker, nannte ihn einen "reinen Geist" mit "reinen Zielen", der aber "aus Vorsicht, Klugheit, Humanität und Optimismus seinen eigenen Weg verlassen" und dem es "vor der revolutionären Energie gequast" habe.

Am 12. Januar 1919 scheiterten Eisner und seine USPD an den ersten freien Wahlen. Am 21. Februar 1919 traf ihn auf dem Weg zum Landtag die Nordkugel des fanatischen Monar-

chisten Leutnant Graf Arco-Valley. Am 26. April 1919 verteilte ein gewisser Rudolf Heß die ersten nationalsozialistischen Flugblätter in München.

Genau fünf Jahre nach der Proklamation des Freistaates, am 8. November 1923, dem Vorabend des Marsches auf die Feldherrnhalle, schoß Hitler während einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei an die Decke des Münchner Bürgerbräukellers und rief, in der Hoffnung, die Schwarzen zum Aufstand gegen die verhaßte Reichsregierung in Berlin mitreißen zu können, seine nationale Erhebung aus. Von diesem Schuß an ging es mit dem Freistaat, der von den Schwarzen als "Ordnungszelle" gegen das Reich verstanden wurde, bergab.

Am 17. April 1933 haben die Nazis dann unter Mithilfe der Bayerischen Volkspartei den Freistaat auch per Landtagsbeschluß abgeschafft.

Nach der fürchterlichsten Katastrophe der deutschen und der bayerischen Geschichte war es der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der als Vater der Bayerischen Verfassung in deren Artikel 1 Absatz 1 schrieb: "Bayern ist ein Freistaat."

Bayern mit seiner 1.400-jährigen Geschichte ist ein Freistaat - kein bloßes Bundesland, wie die der Sektlaune britischer Besatzungsoffiziere entsprungenen Bundesländer des Nordens, und schon gar keine Verwaltungsprovinz. Und dabei bleibt es, auch wenn manche Nordlichter mit dem Begriff "Freistaat" nichts anzufangen wissen und ihn halbspöttisch zu gebrauchen belieben. Letzteres ist schlimm - aber das Schöne daran bleibt, daß dies uns Bayern völlig wurscht ist.

(-/2.11.1978/vo-he/lo)

Spekulative Baulandpreise - horrende Baukosten

Eigenheimbau in Ballungsräumen verlangt durchschlagende Reform

Der Wunsch nach einem "eigenen Häuschen im Grünen" ist, wie insbesondere Bauspar-kassen immer wieder zu berichten und durch Umsätze zu belegen wissen, vor allem in Ballungsräumen unvermindert groß. Angesichts spekulativer Baulandpreise und horrender Baukosten in Großstädten über 500.000 Einwohner, vor allem aber in Ballungsraum Rhein/Ruhr wird es aber nur ein Wunschtraum bleiben, weil die vielen Interessenten trotz meistens lange Jahre erfüllter Bausparverträge nicht in der Lage sind, die ge-stiegenen Preise durch Eigenkapital aufzufangen bzw. die monatlichen Belastungen höherer Hypotheken aufzubringen.

Nach einer aktuellen Untersuchung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen stiegen die Umsätze für baureifes Land in NRW von 9,6 Millionen qm im Jahr 1976 auf 11,2 Millionen qm im Jahr 1977. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Quadratmeterpreise im Landesdurchschnitt von 57 DM auf 67 DM. Lag der "statistische Preis" 1977 in NRW ohnehin schon mit 14,10 DM über dem Bundesdurchschnitt (53,10 DM/qm) so ist er ohnehin in Großstädten (an Rhein und Ruhr bereits in der Größenklasse ab 100.000 Einwohner) utopisch. Die Landesstatistiker in Düsseldorf haben sich keines-falls verrechnet, aber nur weil sich die meisten Baulandkäufe in ländlichen Gebieten abwickelten, kam dieser fast harmlose Durchschnittswert heraus. Selbst in der nüchter-ten Statistik spiegelt sich die Tatsache wider, daß die Quadratmeterpreise klettern, je größer die Stadt ist. So wurde (jeweils nach statistischen Mittelwert) für baureifes Bauland in Gemeinden unter 10.000 Bürger in NRW im letzten Jahr 29 DM gezahlt. In Städten mit 500.000 Einwohnern und mehr erreichte der Quadratmeterpreis sogar einen "amtlichen" Durchschnittspreis von 156 DM.

Die Wirklichkeit auf dem Baumarkt im volkreichsten Bundesland sieht so schwarz aus, daß die Preissituation Signale setzt: Signale für kompetente Institutionen, wie man der spekulativen Preistendenz des Baulandes, aber auch der Baupreise Herr werden kann. Die Forderung nach einer durchschlagenden Reform steht dringend ins Haus, eine Reform, die insbesondere auch unsauberen Maklern, die Grundstückspreise spekulativ in die Höhe treiben, das Handwerk legt.

Denn Baulandpreise von 150 DM für den Quadratmeter sind im Ballungsraum Rhein/Ruhr, etwa zwischen Dortmund und Düsseldorf, Ringeltauben. Hier ist in der Regel für unter 200 DM/qm in keinesfalls bevorzugten Wohnlagen kaum etwas zu haben. In Randlagen der Ruhrmetropole Essen stieg der Quadratmeterpreis auf Höhen zwischen 250 DM und 400 DM. Nur in "entwicklungsreifen" Stadtgebieten mit unzureichender Infrastruktur und wenig Grün liegen die Preise vereinzelt noch um die 100 DM/qm. Ein nicht weniger prekärer Kapitel spielen zudem im gleichen Raum die Baupreise und die Preisentwicklung für Mi-hausbesitz, der vor 20 bis 50 Jahren geschaffen wurde.

Rechnet man für ein Einfamilienhaus im Bundesdurchschnitt an reinen Baukosten für ca. 110 bis 120 qm Wohnfläche um die 170.000 DM, müssen nur für den Bau gleichwertiger

Objekte im Ballungsraum Rhein/Ruhr, also ohne Grundstücks- und sonstige Nebenkosten, zwischen 220.000 DM und 280.000 DM auf den Tisch geblättert werden, wobei die gesamte Bauparzelle in der Regel nicht größer als 250 bis 300 qm ist. Die reinen Baukosten auf den Quadratmeter Wohnfläche berechnet haben sich in Essen z.B. zwischen 2.000 DM und 3.000 DM (und noch mehr je nach Ausstattung und Verarbeitung) eingependelt. Wer hier ein auch nur einigermaßen gutes Einfamilienhaus um die 100 bis 120 qm Wohnfläche erwerben will, muß gut und gern mit Gesamtkosten zwischen 350.000 DM und 400.000 DM (und noch höher) rechnen. Extravaganzen sind darin nicht eingeschlossen.

Tolle Kapriolen schlagen Makler bzw. Immobilienhändler mit alten Häusern. Selbst wenn sie eher abbruchreif als verkaufswert sind und mehr als 20, 30 und 40 Jahre "unter ihrem neuzudeckenden Satteldach" haben: Liegt der Haus-Methusalem in einer auch nur einigermaßen akzeptablen Gegend, kostet er mindestens 200.000 DM bis 250.000 DM. Daß durch solch horrenden Preise auf dem freien Baumarkt die Stadtflucht beschleunigt wird, liegt auf der Hand. Wer sein Traum vom eigenen Haus in der Stadt, in der er oft sein ganzes bisheriges Leben verbracht hat, nicht schaffen kann, sieht sich auf dem oft sogar "meilenweit" entfernten "flachen" Land um und nimmt täglich kilometerweite Wege zum alten Arbeitsort in Kauf. Daß in der Bevölkerungsbewegung Nordrhein-Westfalens die natürliche Entwicklung (mehr Sterbefälle als Geburten) negativ mitspielte, ist zwar nicht zu übersehen; immerhin verließen 288.000 Bürger im letzten Jahr NRW (was durch 283.000 Zuzüge nahezu ausgeglichen werden konnte). Von 23 kreisfreien Städten verzeichneten aber nur zwei (geringfügige) Zugänge, während es 19 von 31 Landkreisen waren, die sich über Neuzuzüge freuen konnten. Nicht anzuzweifeln ist dabei die negative Auswirkung des Baumarktes in den nordrhein-westfälischen Großstädten:

Erich Paykowski
(-/2.11.1978/vo-he/lo)